

Konjunkturprobleme

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 18. Januar 1930

Nummer 6

Gegenwartsprobleme der deutschen Wirtschaft

Dieses Thema wurde von dem Leiter der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, Fritz A p h t a i, am 11. Januar auf der Gauvorsteherkonferenz des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Berlin in seinen wesentlichen Teilen wie folgt beleuchtet:

Wenn wir die gegenwärtige deutsche Wirtschaftslage betrachten und die Frage beantworten wollen, welche Probleme sich daraus ergeben, so muß dies naturgemäß vom Standpunkt der Arbeiter aus mit einer Betrachtung des Arbeitsmarktes beginnen. Denn wir befinden uns in einer Situation, wo der deutsche Arbeitsmarkt Millionen von Arbeitslosen aufweist, wo die Zahl von zwei Millionen noch vor dem eigentlichen Eintritt der Frostperiode schon überschritten ist und noch höher steigt, als im strengen Winter des vorigen Jahres. Das beweist deutlicher als alles andre, daß wir uns in einer sehr ungünstigen wirtschaftlichen Lage befinden. Das muß uns aber auch vor der Gefahr warnen, die mit Abstieg stark übertriebenen Schwarzmarktareien von Unternehmensebene durch ebenso überspannte Tendenzen bekämpfen zu wollen. Wir müssen uns auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse bewußt bleiben, daß wir in einer wirtschaftlichen Krise leben. Es ist keine gute Konjunktur, wenn solche Massen von Arbeitslosen vorhanden sind. Wir wissen aber auch, daß selbst in guten Konjunkturen Arbeitslose vorhanden sein können. Die Arbeitslosigkeit allein gibt aber noch kein vollständiges Bild des Krisencharakters der wirtschaftlichen Lage; es gibt dafür noch andre Beweise. Und das ist die Häufung von Zusammenbrüchen großer wirtschaftlicher Unternehmungen im vergangenen Jahre. Die Konjunkturstatistik stellt dies nur zahlenmäßig, aber nicht nach der wirklichen Bedeutung und Tragweite fest. Es war in der letzten Hälfte des vergangenen Jahres nicht nur eine Häufung von Zusammenbrüchen wirtschaftlicher Unternehmungen, sondern eine wesentliche Verschiebung solcher Wirtschaftsförderungen der Qualität nach zu verzeichnen, indem selbst große Firmen zahlungsunfähig geworden sind. Das ist das Charakteristische der neuzeitlichen Wirtschaftsverhältnisse, daß sie immer stärker von großen Zusammenbrüchen beeinflusst werden. Ein deutliches Beispiel dafür war im vergangenen Sommer der finanzielle Zusammenbruch der großen Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft. Infolge ihrer großen Bedeutung im ganzen Versicherungswesen hatte diese Gesellschaft nicht nur eine große nationale, sondern auch eine besondere internationale Kreditbasis. Und gerade das letztere führte im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch dieser Gesellschaft zur Schwächung psychologischer Kreditgrundlagen der deutschen Wirtschaft im Auslande. Man sagt, daß in Deutschland große Werte verloren gehen können, und daß daher äußerste Vorsicht geboten sei; das führte zu verstärkter Zurückhaltung der ausländischen Geldgeber.

Wir haben dann weiter im Oktober des vergangenen Jahres den Einfluß eines internationalen Konjunkturumschwungs erlebt, der durch den ungewöhnlichen Crash an der New Yorker Börse herbeigeführt wurde. Die 1928 und im ersten Teil des Jahres 1929 sich schon zeigenden Schwierigkeiten in der deutschen Wirtschaft erfuhren zunächst noch eine wesentliche Milderung durch eine erhebliche Steigerung des Exportabfahres der deutschen Industrie, für die die Voraussetzung z. T. in der guten Konjunktur in der Welt bestand. Diese gute Konjunktur in der Welt hat in den letzten Jahren dazu geführt, daß z. B. die stark auf Ausfuhr eingestellte Schweiz praktisch gar keine Arbeitslosen kannte; es gab im Oktober v. J. in diesem Lande nur etwa 500 registrierte Arbeitslose. Diese Situation wurde neuerdings gestört durch die Tatsache, daß die internationale Spekulation im Oktober vergangenen Jahres zusammengebrochen ist. Wir haben einen Börsensturz in den Vereinigten Staaten erlebt, der ungeheure Dimensionen hatte, weil dort viele Kreise der Bevölkerung an der Börsenhausse beteiligt waren, d. h. die Auf- und Abwärtsbewegung der Börse war nicht die Angelegenheit einer kleinen bestehenden Schicht, sondern fast das ganze Volk ist in den Vereinigten Staaten an diesem Börsenspiel beteiligt. Es besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß dieser Börsensturz in Amerika der Vorläufer eines Konjunkturumschwungs auch in der amerikanischen Wirtschaft sein wird. Diese Wahrscheinlichkeit liegt sehr nahe, weil die plötzlichen

Verluste sich gerade in Amerika stark auf den Massenkonsum auswirken müssen. Die Industrie, die die Trägerin des großen Aufschwungs der letzten Jahre in den Vereinigten Staaten gewesen ist, ist die Automobilindustrie. Sie hat einen Kriegenaufschwung in Amerika genommen, der so weit ging, daß 28 Proz. der gesamten Eisenerzeugung in der Automobilindustrie verwandt worden sind. Nun ist angenehm, und z. T. hat es sich schon an Zusammenbrüchen und Betriebs Einschränkungen gezeigt, daß die Autoindustrie von diesen Börsenverlusten stark beeinflusst wird, und zwar stärker, als dies bei uns möglich wäre. Das kommt daher, daß das System des Abzahlungskaufs in Amerika eine viel größere Ausdehnung hat, d. h., ein großer Teil der Automobile, die schon abgeliefert und verkauft worden sind, sind noch gar nicht bezahlt. Wenn die Käufer dieser Automobile, die von der Arbeiterschaft angefangen, durch alle Schichten der Bevölkerung gehen, ihre Reserven an der Börse verloren haben, dann ist die erste Folge, daß sie ihre Automobile nicht bezahlen können oder diese sogar selbst verkaufen müssen. Der gegenwärtige Automarkt wird dadurch überschwemmt mit alten Automobilen. Das führt gleichzeitig zum Verlangen neuer Käuferfähigkeiten und gleichzeitig hemmend auf den Absatz neuer Automobile. Es zeigen sich hier Anzeichen einer internationalen Konjunkturverschlechterung, die uns in der deutschen Wirtschaft in einer Situation treffen, wo wir die Stützen des internationalen Kapitals notwendiger denn je brauchen würden. Diese Situation ist bis heute ganz unübersehbar. Man macht nun in Amerika vielleicht das erste Experiment einer abstrakten Konjunkturpolitik, d. h. mit einer Wirtschaftspolitik, die darauf eingeleitet ist, einer künftigen Konjunktur zu bewahren entgegenzuwirken, um die Wirtschaft zu halten. Dieses planmäßige Eingegreifen ist im Augenblick ungewöhnlich günstig aus zwei Gründen: erstens in der Voraussetzung für planmäßige Konjunkturpolitik durch einen sehr starken Kapitalmarkt und die leichtere Möglichkeit, Kapital heranzuschaffen und planmäßig zu lenken. Der zweite Grund ist ein psychologischer. Er stützt sich auf den Willen, diese Konjunkturpolitik zu tragen, im Gegensatz zur deutschen Situation, wo es in deutschen Unternehmerkreisen seit vielen Jahren zum guten Ton gehört, auf jeden Fall pessimistisch zu sein, selbst wenn es gut geht. Als wir im Jahre 1927 eine gute Konjunktur hatten, sagte man bekanntlich in Unternehmerkreisen, das ist keine gute Konjunktur, das ist nur eine Menge Konjunktur. Wenn es wirklich schlecht geht, ist fast jeder deutsche Unternehmer darauf eingestellt, zu sagen, es geht noch schlechter und wird immer schlechter werden. Das hängt damit zusammen, daß in sozialpolitischer Hinsicht die Arbeiterkämpfe in Deutschland eine viel größere Rolle spielen als in Amerika. Wir haben die interessante Tatsache, daß bei uns Pessimismus zum guten Ton gehört, während es in Amerika gerade umgekehrt ist. Angeregt durch Aktionen des Präsidenten Hoover ist dort offiziell und in allen Unternehmerverbänden und -kreisen ein Ton angeregt, der darauf abgestimmt ist, alle ungünstigen Erscheinungen zu bagatelisieren und zu sagen: es geht weiter aufwärts, die Wirtschaft geht wieder gut. Man ist geneigt, sich nicht pessimistischen Einschränkungen hinzugeben, sondern mindestens optimistisch zu reden; ob dem auch das Handeln entsprechen wird, das ist eine Frage, die man noch nicht übersehen kann. Man hat den Eindruck, daß hier die Goudsche Methode: „Es geht schon wieder besser und besser!“, angewandt wird. Nun ist nicht ohne weiteres gesagt, daß diese Methode nicht ihre wirtschaftliche Bedeutung hat. Daß alle Menschen sich mit einer Art Aufregung gegen diese Krise wenden, kann dahin führen, die Krise wirklich zu mildern. Wenn es in Amerika gelingt, diese ganze Stimmung zu beseitigen, so ist auch das ein günstiger Faktor für die Konjunkturpolitik. Aber hier ist noch ein großes Fragezeichen zu setzen. Es ist möglich, daß es gelingt, und es wäre von unserm Standpunkt aus wünschenswert, daß die Hoover'sche Konjunkturpolitik gelingt. Sollten sich die Depressions-tendenzen dennoch durchsetzen, so hat Amerika mit einer sehr schweren Wirtschaftskrise zu rechnen. Das würde für den Weltmarkt eine schwere Erschütterung der Exportkonjunktur nach Amerika auch für die deutsche Industrie bedeuten.

Dabei stehen wir in Deutschland vor einer weiteren sehr unerfreulichen Situation. Bei uns liegt die Sache heute so, daß in dem Augenblick, in dem wir eine konjunkturbelebende Wirtschaftspolitik treiben müssten, in dem alles getan werden müßte, diese Konjunkturleistungstendenzen aufzuhalten, durch die finanzielle Lage der öffentlichen Körperschaften. (Reich, Länder, Gemeinden) sich eine Situation

herausgebildet hat, die gerade das Gegenteil von dem ist, was notwendig wäre. Die „Frankfurter Zeitung“ hat kürzlich richtig gesagt, das, was eigentlich in Deutschland geschieht, ist eine negative Konjunkturpolitik. Schon im Jahre 1926 wurde in Deutschland versucht, eine Krise zu überwinden. Es wurde ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm ausgearbeitet, große Kredite wurden zur Verfügung gestellt, um die Arbeitskräfte aufzufangen und die Konjunktur wieder anzukurbeln. Dieses Bestreben hat immerhin zur Überwindung der Krise von 1926 mit beigetragen; wie viel, das kann niemand beantworten, weil gleichzeitig ein außerordentliches Ereignis mitgewirkt hat, der große englische Bergarbeiterstreik, der durch die kolossale Belebung unseres Kohlenmarktes mehr gepöpselt hat als das ganze Arbeitsbeschaffungsprogramm. Auf die heutige Situation übertragen, wissen wir, daß von einem Arbeitsbeschaffungsprogramm neuerdings nicht die Rede sein kann. Denn um das durchzuführen, dazu gehört Geld, Geld und noch einmal Geld. Daß die finanzielle Lage der deutschen öffentlichen Körperschaften (Reich, Länder, Gemeinden, Provinzen) ohne Unterschied alle diese Voraussetzungen freier Gelddisposition nicht erlaubt, ist leider Tatsache. Geld ist in den öffentlichen Kassen schon lange nicht mehr. Sie leben unter dem Druck kurzfristiger Schulden. Möglicherweise, diese Lücken auszufüllen durch Kreditaufnahme im Inlande sind nicht gegeben. Zur Frage der Ergänzung dieser Knappheit durch Anleihen im Auslande ist, ganz abgesehen von wirtschaftspolitischen Fehlern, immerhin auch von den Spitzenverbänden der deutschen Gewerkschaften aus, alles getan worden, um diesen Zustand zu erleichtern. Vom Reichsbankpräsidenten hingegen wurde alles getan, um es zu erschweren. Infolgedessen sind die Möglichkeiten, an den ausländischen Kreditmarkt heranzukommen, sehr beschränkt. Ohne solche Fesslungen würden wir zwar nicht dem Druck ausgesetzt sein, der gegenwärtig herrscht, es würde eine Milderung eintreten, aber der Spielraum für eine großzügige Arbeitspolitik würde auch dann nicht eintreten. Täglich sieht man, da und da müssen die Bauten eingestellt werden; projektiert wird überhaupt nicht mehr; eine besondere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage ist für die Techniker eingetreten. Die gleiche Situation herrscht in der Frage des Wohnungsbaues. Wir haben in den letzten Jahren in Deutschland eine starke Aufwärtsbewegung im Wohnungsbau zu verzeichnen. Im Jahre 1926 hat der RWG ein Wohnungsbauprogramm aufgestellt, das für fünf Jahre ein planmäßiges Bauen in die Wege leiten wollte, und da sind die verschiedensten Fachleute dazu gekommen, zu fordern, es müßten jährlich 250 000 Neuwohnungen geschaffen werden. 1928/1929 ist die Zahl sogar über 300 000 hinausgegangen. Das ist eine sehr erfreuliche Erscheinung gewesen. In jetziger Zeit bestehen aber kaum Ausichten, diesen Stand aufrechtzuerhalten. Denn der Wohnungsbau beruht auf aus öffentlichen Kassen stammendem Kapital. Wir haben daher durchaus Veranlassung, die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und ihre weitere Entwicklung mit allem Ernst zu betrachten. Daraus ergibt sich der stärkste Zwang, daß alles, was möglich ist, getan werden muß, um die Situation abzumildern. Möglich ist eine Besserung nur durch die Herstellung des freien Zugangs zum ausländischen Kapitalmarkt. Wir werden die Kassen der öffentlichen Körperschaften, die sanierungsbedürftig sind, nicht füllen können durch eine einschneidende Erhöhung der Steuererinnahmen. Mit solchen Einnahmen wird man die Beweglichkeit der öffentlichen Körperschaften nur begrenzt erhöhen können. Denn jede dieser Steuerbelastungen bewirkt eine Einschränkung der Kaufkraft der Bevölkerung an anderer Stelle. Man ist nun bemüht, aus diesen Lasten herauszukommen, indem man die drückenden, kurzfristigen Lasten durch langfristige Anleihen ersetzen will. Aber die Möglichkeit, Anleihen entgegenzubringen, ist nur sehr gering vorhanden. Es ist unfern, wenn so getan wird, als ob in Deutschland kein Kapital wäre, aber leider ist das Bedürfnis, Kredite zu investieren, größer geworden. Einmal weil wir eine schnellere technische Entwicklung haben. Deutschland hat in den zehn Jahren von 1914 bis 1924 zwar auch eine besondere Entwicklung gehabt; es ist auch Kapital investiert worden, aber erst für die Kriegsindustrie, später für Anlagen in Sachwerten. Eine vernünftige Planmäßigkeit erfolgte erst nach 1924, nach der Inflation. In den Jahren 1928/1929 wurden etwa 50 Proz. der gesamten deutschen Wirtschaft im Wohnungsbau investiert. Das kommt daher, daß wir von 1914 bis 1924 so gut wie nichts gebaut haben, obwohl wir durch eine wachsende Bevölkerung, außerdem durch Flüchtlinge

zuwanderung von der Ost- und Westgrenze einen starken Mangel an Wohnungen hatten. Zwar ist in den letzten Jahren dauernd Auslandskapital hereingeflossen, das wurde aber zum größten Teil zu Abgaben an das Ausland (Reparationszahlungen usw.) wieder ausgegeben, so daß das Auslandskapital z. T. nur Durchgangsposten in der deutschen Wirtschaft war. Man erzählt, daß die deutsche Privatwirtschaft im Ausland ein größeres Kreditvermögen als die kompromittierte deutsche öffentliche Wirtschaft. Das ist glatter Schwindel! Die Möglichkeiten zur Aufnahme von fehlenden Krediten sind bei der deutschen Privatwirtschaft gar nicht so sehr erheblich. Sie sind beschränkt auf große Unternehmungen von Welt. Es ist z. B. möglich, daß die Vereinigten Stahlwerke, die AEG, Siemens usw. Anleihen bekommen. Es wäre auch möglich, daß wenn das Bedürfnis dazu vorliegen würde, daß z. B. Ulstein oder Woffe eine Auslandsanleihe bekommen; aber andere kleinere Privatfirmen können keine Anleihen aufnehmen, das ist nur wirklich bekannten Unternehmungen mit Weltkurs möglich. Soweit das spezielle Bedürfnis vorliegt, sind solche Kredite auch heringekommen. Die Neigung, öffentlichen Körperschaften, Gemeinden, Gemeindeunternehmungen (Elektrizitätswerke, Gaswerke, Wasserwerke usw.) Kredite zu geben, ist im Ausland keineswegs gering. Das liegt einmal daran, daß es immerhin mehr Menschen in Amerika gibt, die wissen, was Preußen ist, die wissen, was Berlin, Köln, Frankfurt, Breslau usw. ist. Es liegt ferner daran, daß die Amerikaner gemocht sind, den öffentlichen Unternehmungen, die allerdings bei ihnen meistens private Unternehmungen sind, auf Grund der Sicherheit ihres Abfahres leichter Kredite zu geben als stärker den Konkurrenzschwankungen ausgesetzten Unternehmungen. Die Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke sind Monopolunternehmungen, so haben einen viel gesicherteren Abschlag und die Möglichkeit, sich leichter Geld zu beschaffen als Unternehmungen, die am freien Markt im Konkurrenzkampf stehen. Daß die Berliner Verkehrsgesellschaft oder die Elektrizitätswerke in die Gefahr kommen sollten, die Zinsen ihrer Anleihen nicht zahlen zu können, ist im allerhöchsten Maße unwahrscheinlich. Denn dann würden sie eben ihren Tarif erhöhen; sie können somit bis zu einem gewissen Grade immer ihre Schulden bezahlen, während eine Privatfirma in einer schwierigeren Lage ist, sie kann die Preise nicht einfach erhöhen, sonst ist die Konkurrenz da. Das Elektrizitätswerk aber ist ein Monopolunternehmen, das mit solchen Schwierigkeiten nicht zu rechnen hat. Das weiß der Geldgeber recht gut, und es ist für ihn nur wesentlich, daß er es mit guten Schuldneuern zu tun hat; somit ist die Neigung, öffentlichen Unternehmungen Anleihen zu geben, außerordentlich stark. Es ist Unsinn, daß die deutsche öffentliche Wirtschaft im Ausland kompromittiert wäre. Wenn das der Fall wäre, so läge gar kein Grund vor, ausländische Kredite für sie künstlich abzulassen. Eine gewisse Gefährdung der Situation von dieser Seite wäre daher gut möglich. Die gegenteiligen Bestrebungen scheinen ihren Grund in einer irrigen Einstellung zur Reparationspolitik zu haben. Man glaubt die Situation zu verbessern, wenn wir weniger Schulden aufnehmen. Die Tendenz, die öffentlichen Körperschaften, Reich, Länder und Gemeinden von ihrer öffentlichen Wirtschaft abdrängen, sie unter finanziellen Druck zu setzen, um sie zum Verkauf an die Privatwirtschaft zu zwingen, spielt dabei die größte Rolle. Von unserm Standpunkt aus ist diesen Bestrebungen mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

Darum macht man aber der öffentlichen Hand solche Schwierigkeiten auch dort, wo es sich nicht um Konkurrenzwirtschaft handelt? Die Berliner Verkehrsgesellschaft z. B. macht keinem privaten Unternehmen Konkurrenz. Wenn man trotzdem einen Kampf dagegen führt, so verspricht man sich damit private Erwerbsmöglichkeiten, weil man eine Politik treiben kann, die immerhin rücksichtslos vorgehen kann, als es die öffentliche Wirtschaft tut, und zwar den Kunden sowie den Arbeitern gegenüber. Das ist ein Grund des Kampfes gegen die öffentliche Wirtschaft, weil man weiß, die öffentlichen Unternehmungen sind doch meist sozialfortschrittlicher. Wir wissen, daß die Arbeiter in den öffentlichen Betrieben nicht in einem Dorado leben. Aber verglichen mit den meisten Privatbetrieben sind sie doch immerhin vorbildlicher. Es ist der Kampf der privaten Wirtschaft gegen die aufsteigende öffentliche Wirtschaft in Deutschland. In der augenblicklichen Situation gibt es für uns keine einprägenere und wichtigere Frage, als einen Druck auszuüben, daß diese Abspernung der deutschen öffentlichen Körperschaften vom Auslandskapital überwunden wird. Wir müssen uns auf diese Forderungen deshalb konzentrieren, weil wir heute kein Arbeitsbeschaffungsgebot aufstellen können. Alles, was wir tun können und tun müssen, das ist, Abertreibungen, die aus einer gewissen Panikstimmung entstehen, entgegenzutreten. Die meisten Einschränkungen werden vorgenommen unter einem harten Druck (sicher nicht aus Übermut); aber es besteht die Gefahr, daß man den Kopf verliert und abbaut, was gesund ist.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hatte für seine jüngste Denkschrift die Überschrift „Aufstieg oder Niedergang“ gewählt. Dies kann und muß man von zwei verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachten, und zwar unter dem Gesichtspunkte einer Entwicklung auf längere Sicht und einer nur zeitweiligen Entwicklung oder Wellenbewegung. Bezüglich der Dauerbewegung müssen wir betonen, daß wir in den letzten fünf Jahren einen außerordentlichen Aufschwung der deutschen Wirtschaft erlebt haben. Wenn z. B. vor zehn Jahren jemand in Deutschland aufgefordert worden wäre, zu prophezeien, wie sieht die deutsche Wirtschaft in zehn Jahren aus, es hätte keinen gegeben, der den Optimismus gehabt hätte, die Wirtschaft so zu säubern, wie sie 1929 tatsächlich gewesen ist. Der

Optimismus von 1919 war, daß man Schiffierungen entgegentrat von Walter Rathenau, der das Bild von den verordneten Säulern in den Großstädten aufstellte. Besonders nach der Inflation, also innerhalb der letzten fünf Jahre, haben wir einen starken industriellen Aufschwung erlebt, wie es früher nie erwartet wurde. Die Produktion ist gestiegen, die Arbeitseinstellung im Jahre 1929 hat immerhin 300 000 Menschen neu in den Arbeitsprozeß eingeführt, trotz großer Arbeitslosigkeit. Eine gesunde Wirtschaft muß den Menschenzuwachs voll übernehmen können. Die Situation ist schlecht, wenn das nicht möglich ist; aber trotzdem ist ein Wachstum zu verzeichnen, weil immer noch ein Teil neuer Arbeitskräfte aufgenommen werden konnte.

Wenn wir von 1924/25 ausgehen, so hat sich bis 1928/29 die Lebenshaltung der arbeitenden Massen gebessert. Diejenigen, die arbeiten, denen geht es heute besser als vor fünf Jahren. Die Arbeitslosigkeit ist natürlich der allgemeine Kostfaktor, der vorhanden ist. Wenn es besser geworden ist, so erkennen wir das an der Erscheinung, daß es in der vorigen Depression (1926) den Gewerkschaften teilweise mit Hilfe des Schlichtungswesens gelungen ist, die sonst in einer Krise übliche Senkung des Lohnniveaus aufzuhalten. Das ist eben der Unterschied gegenüber früheren Krisenwärtungen, daß heute die Lohnkurve bei schlechten Konjunkturen nicht sinkt, sondern gleich bleibt, um bei besseren Konjunkturen wieder höher zu steigen, während früher die Löhne in Krisenzeiten wesentlich zurückgingen, um dann sich in besseren Zeiten nur wieder auf die frühere Höhe zu erheben.

Ziehen wir ein Gesamtbild, so erkennen wir, daß das Gesamtbild immer nur das Ergebnis eines sehr bunten Mosaiks ist. Man muß dabei von Verallgemeinerungen der Lage einzelner Industrien absehen. Der Unternehmer hat ein Interesse daran, die schwarze Seite aufzuzeigen, auch wenn es ihm gut geht. Wir haben aber die Verpflichtung und ein Interesse daran, die Dinge zu sehen, wie sie in Wirklichkeit sind. Es ist anzunehmen, daß wir in kurzer Zeit den Youngplan unter Dach und Fach haben werden und die Haager Verhandlungen doch noch zur Einigung führen werden. Dann werden wir eine neue Basis für die Reparationen haben. Man kann aber jetzt schon mit Sicherheit voraussehen, daß wenn wir in den nächsten Jahren schlechte Zeiten und viel mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben werden, es viele Leute im Lande geben wird (links und rechts), die sagen werden, weil wir den Youngplan angenommen haben, geht es uns schlecht. Aber es ist ja gar nicht so. Von vielen Menschen wird es so dargestellt, als ob mit der Annahme des Youngplans eine neue Ära der Blüte auf Grund der verminderten Zahlungen eintreten wird. Man wird aber dann den Menschen, die diesen Unsinn reden, klarmachen müssen, daß ja gar keine Wahl bestand, entweder keine Reparationen zu bezahlen oder Youngplan anzunehmen, sondern entweder Dabesplan oder Youngplan. Mit dem letzteren ist viel Anfang getrieben worden. Man hat gesagt: „Nun kommt der Youngplan“, und gegenüber dem Dawesplan 700 Millionen weniger Reparationen, jetzt werden diese 700 Millionen verteilt, jeder will was haben, dann wird eine besondere Finanzreform gemacht. Dr. Stolper hat in seinem Programm sogar eine Finanzreform mit Gehelthen für alle aufgestellt. Man hat eben den Fehler gemacht, mit diesen 700 Millionen für die Zukunft zu rechnen, obwohl diese in Wirklichkeit schon verzehrt sind. Das ist, finanzpolitisch gesehen, die Situation für dieses und fürs nächste Jahr. Trozdem erleben wir noch kurz vor Weihnachten das Schauspiel, daß Dr. Schaaf einen Druck auf die Schaffung eines Tilgungsfonds für die kurzfristigen Anleihen ausübt, obwohl klar war, daß die Vor schläge der Reichsfinanzreform unbrauchbar waren. Trotzdem hat sich die Regierung unter dem Druck der Deutschen Volkspartei dafür eingesetzt und es erreicht, daß der halbflohe Finanzreformplan bestehen blieb. Daraus erklärt sich auch der Rücktritt Hilferdings. Durch den angenommenen Plan der Referendebildung ist der Plan einer Steuerentlastung zerstört, und der volksparteiliche Reichsfinanzminister Moldenhauer läßt jetzt schon in der Presse erklären, daß das Jahr 1930 gar nicht für irgendwelche Steueränderung in Frage kommt, vielleicht wäre das erst im Herbst für das Jahr 1931 möglich. Das entspricht der zwangsläufigen Situation. Eine Situation und eine Folge, über die wir keineswegs begehrt sein können. Es wäre uns viel lieber, es könnten Steuerentlastungen gemacht werden, wobei es ziemlich gleichgültig wäre, an welcher Stelle. Ohne Youngplan, d. h. nur nach dem Dawesplan wäre die Situation so, daß man 700 Millionen neue Steuern machen müßte. Wenn man nach der Annahme des Youngplanes schreiben will, nun haben wir den als Vorteil gepriesenen Youngplan und doch keine Entlastung, so ist darauf hinzuweisen, daß ohne Youngplan eine Transferrisse unvermeidlich geworden wäre. Man braucht sich nur darüber klar zu sein, was eine solche von gewissen Leuten ersehnte Transferrisse bedeuten würde. Es klingt so schön, nun hat man eine Transferrisse und braucht nicht mehr zu zahlen. Aber was bedeutet das? Wir haben ein ganz schwaches Vorzeichen einer Transferrisse im Mai vorigen Jahres erlebt, als durch Dr. Schaaf eine Krise der Verhandlungen des Youngkomitees in Paris entstand. Die Welt dachte damals, die Sache geht auseinander. Sofort setzte die Zurückziehung großer ausländischer Guthaben ein; zweitens, und das war noch schwerwiegender, daß in Deutschland sofort eine Art Währungsparität einsetzte. Man hörte sofort auf, so zu handeln, wie man handelt, wenn man eine Situation währungsgemäß als gesichert hält. Das heißt: Inflationserinnerung. Man findet in den Spareinlagen im Mai v. J. eine starke Einschränkung; es kam kein Geld mehr in die Sparkassen, darüber hinaus zogen viele Leute ihr Geld aus Sparkassen und Banken zurück, handelten nur noch in

Dollars und verschoben Kapitalien ins Ausland usw. Durch eine Transferrisse würde eine ungeheure Vertrauenserschütterung im Ausland und am Kapitalmarkt eintreten. Es wäre eine Situation, wie wenn bei einem Theaterbrand der Direktor vor die Bühne tritt und sagt zum Publikum: Es brennt vorläufig nur auf der Bühne, in den nächsten 20 Minuten kann im Hause nichts geschehen. Wenn man glaubt, die Leute blieben sitzen, irrt man. Das Wichtigste des Youngplans ist, daß damit der Versuch gemacht wird, die Transferrisse auszusparteln. Wir brauchen uns darüber kaum auseinanderzusetzen. Aber vielleicht ist der Hinweis auf die berühmte Rede Hugenbergs vor den Marburger Studenten zweckdienlich, der da lautete: „Wir müssen durch die Krise durch, und lieber eine Zeitlang mit allen Deutschen Proletarier sein, als dauernd Verwalter fremder Hugenberg in solcher Krise aus? Wir haben es erlebt, im Jahre 1923, in dem wir die schlimmste Zuspitzung der Krise hatten, wo der Arbeitslohn auf ein phantastisch niedriges Niveau gesunken war. Die Zerrüttungen in den Betrieben dürften allen Arbeitern noch in Erinnerung sein. Eine der wichtigsten Funktionen eines Betriebsrats in damaliger Zeit war die, einen Plan aufzustellen, um welche Zeit die einzelnen Abteilungen an den einzelnen Tagen ihren Lohn ausgezahlt bekommen sollten. Das sollte man sich immer wieder in Erinnerung zurückrufen. Wo alle materiellen und seelischen Kräfte hundertprozentig zerrüttet waren, wo wir nicht mehr wußten, was bleibt, was existiert, wie sieht morgen das Deutsche Reich aus? Die Herren Hugenberg und Stinnes haben aber in jener Zeit recht gut verdient; sie konnten keine Not. Jede solche Krise würde, wie jede Krise der kapitalistischen Wirtschaft, zu hundert Prozent nur die Arbeiterschaft und die ihr nahe stehenden Schichten der Bevölkerung treffen. Darum müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß sehr schnell das Gerede aufkomme wird, ihr wartet für die Annahme des Youngplans und ihr seht, was dabei herausgekommen ist nach dessen Annahme. Der Zustand wird gewiß kein idealer sein, aber es wäre sicher noch schlimmer geworden, wenn wir eine frivole Reparationspolitik treiben würden. Nachdem die Situation einmal so gegeben ist, ist sie durch Maulaufreißen nicht wieder zu beseitigen, sondern nur dadurch, daß man eine nüchterne Politik treibt. Die Erfolge, die durch die viel verlästerte Berktandigungs politik und Erfüllungspolitik erzielt worden sind, sind größer, als es jemand von uns damals angenommen hatte. Was ist vom Versäßer Betrag nicht alles schon abgetragen worden, von der Kriegsschuldfrage, vorzeitiger Räumung bis zur jehigen finanziellen Erleichterung! Diese Politik, die in den letzten Jahren getrieben worden ist, kann sich mit ihren Erfolgen durchaus sehen lassen. Wenn man diese Erfolge vergleichen will mit dem schönen Zustand, daß man gar nichts zu zahlen brauche, so könnte man allerdings sagen; ihr seid erfolglos gewesen. Man muß aber die Erfolge werten nach dem Ausgangspunkt und den vorhandenen Machtverhältnissen. Der Erfolg ist nicht der vorher unter den Bedingungen, in denen die internationalen Machtverhältnisse nicht zu gunsten Deutschlands standen. Wenn wir daher die Zukunft ins Auge fassen wollen, so müssen wir die gleiche Zerteilung vornehmen wie bei der Betrachtung der Vergangenheit. Wir müssen durchaus ernst und keineswegs allzu hoffnungslos den nächsten Entwicklungspunkten entgegensehen. Unsere Kämpfe werden auf wirtschaftspolitischen Gebiet in der nächsten Zeit sehr ernst sein. Aus den augenblicklichen Schwierigkeiten heraus haben wir dennoch allen Grund, mit einer weiteren Verbesserung der Gesamtsituation zu rechnen. Die deutsche Wirtschaft steht nicht vor dem Zusammenbruch; sie steht in einer starken konjunkturellen Depression. Wird dagegen das Notwendige vollzogen und getan, so wird diese Depression wieder überwunden werden und die Gesamtentwicklung sicher weiter aufwärts gehen.

Das Buchgewerbe im Ausland

Schweiz. Die U r a h f t m u n g hat ein großes Mehr für die vom Zentralkomitee vorgeschlagenen, im Auslandsbezug der Nr. 102 des vorigen Jahrgangs erwähnten Statutenänderungen ergeben, ein Resultat, das allerdings voraussehen war. Immerhin hat die Änderung auf Aufhebung der Zahlung der Beiträge während der militärischen Wiederholungsurse, der Rekrutenschule und der ersten Rekrutenlehre als Unteroffizier doch noch eine erhebliche Zahl Neinstimmen ergeben. Gegeht diese Änderung hat besonders der Vorstand der Sektion Zürich eine Attakete geritten, und zwar vom Standpunkt der Abschaffung des Militärs überhaupt, also vom politischen Gesichtspunkte aus. Damit wurde die Angelegenheit ohne Notwendigkeit auf ein ganz falsches Gleis geschoben. Solange wir eben noch die Einrichtung unserer militärischen Mißstände haben und die militärischen Kollegen auch zur Abolvierung einer Unteroffizierschule gezwungen werden können, ist es ganz und gar unbillig, von diesen Mitgliedern während dieser Zeit noch Beiträge zu verlangen. Viele kommen durch diesen Militärdienst sowieso in finanzielle Bedrängnis. Also wurde durch diese Statutenänderung nur eine Ungerechtigkeit abge schafft.

Norwegen. Da zum 1. April der Tarif für die Zeitung und Druckereien abläuft, fand kürzlich eine Sitzung der Tarifkommission in Oslo statt. Es soll u. a. eine Lohn-erhöhung von 6 Kronen wöchentlich für Gehilfen und 4 Kronen für Hilfsarbeiter gefordert werden. Der Tarif für die Verdruckerien, die den Arbeitgeberverband angehören, läuft bis 1931, jedoch mit Gelegenheit zur Inzbesregulierung für die Parteien. Nun sind infolge der öffentlichen Statistik die Lebensmittelpreise seit dem Vorjahre um 2,2 Proz. gefallen, doch man hofft,

eine Lohnkürzung abwenden zu können, ja erwartet sogar, daß eine solche von Prinzipalseite nicht gefordert wird. — Die Zahl der Arbeitslosen ist immer noch sehr groß, wenn auch eine leichte Besserung zu spüren ist, die mit der allgemeinen langsamen Besserung des Arbeitsmarktes zusammenfällt.

Schweden. Aus dem vor kurzem herausgekommenen Bericht über Schwedens Industrie in 1927 greifen wir folgende Zahlen über das Buchdruckergewerbe heraus. Es sei vorausgeschickt, daß die etwa 450 Klein-Druckereien mit 1 bis 4 Arbeitern von dieser Statistik nicht erfaßt wurden. Die Anzahl der Druckereien beläuft sich auf 563 mit 10 950 Arbeitern, gegen das Vorjahr eine Steigerung von drei Buchdruckereien und 300 Arbeitern. Der Anteil der weiblichen Arbeiter ist auf 706 (prozentual von 5,8 auf 6,3 Proz.) gestiegen, während die Zahl der jugendlichen Arbeiter auf 1247 = 11,5 Proz. gefallen ist. In diesen Zahlen sind die Kontorangestellten und Faktoren nicht einbezogen. Bemerkenswert ist auch das Anwachsen der Zahl der Schnellpressen um 100 auf insgesamt 2282.

Rußland. Der sogenannte sozialistische Wettbewerb, der die höchste Ausnutzung der Arbeitskraft zum Ziele hat und mit einschneidenden Änderungen der Betriebsweise zugunsten der Arbeiterschaft verbunden ist, hat naturgemäß unter den davon Betroffenen große Unzufriedenheit ausgelöst. Während die meisten sich den Anordnungen von oben widerspruchslos fügen, um in Arbeit und Brot zu bleiben, gibt es auch Arbeiter, die offen zu opponieren wagen ohne Rücksicht auf die Folgen, die nicht lange auf sich warten lassen. In einer großen Moskauer Buchdrucker-Versammlung erlaubte sich auch Kollege Matzew, den sozialistischen Wettbewerb zu kritisieren. Er bezeichnete dieses System als leere Illusion und verbürdete Überpannung der Arbeitskraft. Die Folge davon werde sich in der Steigerung der Krankenziffer zeigen, so daß weder die eine noch die andere Seite Nutzen aus diesem System ziehen werde. Es schaffe nur Erbitterung und beeinträchtige die Arbeitsfreude, da einer des andern Antreiber sei und die in der Leistung schwächeren Arbeiter in ständiger Angst vor Entlassung leben. Vor allem sei auch die Meinungsfreiheit, die Freiheit der Presse notwendig, denn ohne diese sei man wie in einem dunklen Wald, der dem Auge jede freie Sicht verperre und darum keine Beurteilung gestatte. Man höre immer nur die eine Seite, selbst Budarin dürfe man nicht hören, weil ihm Zügel angelegt seien. Der kommunistischen Presse gefielen natürlich diese offenen Worte nicht. Nach der „Prawda“, dem tonangebenden Blatte der Stalinpartei, sei Matzew ein Agent des Klassenfeindes, ein Sozialküst, kurz gesagt: ein Trotzkist, zumal er sich noch die Bemerkung erlaubte, in den kapitalistischen Ländern hätten es die Arbeiter besser als in Sowjetrußland, darum sei vor allem eine Systemänderung in Leitung und Verwaltung notwendig. Daß man in Rußland solchen Gedankenströmen nicht Ausdruck geben darf, wird wohl auch Kollege Matzew inzwischen erfahren haben. — Wie die Einführung des sozialistischen Wettbewerbs in den Druckereien vor sich geht, mögen zwei Beispiele beleuchten. In einer Druckerei in Wladiwostok hieß es plötzlich, die tägliche Leistung im Handtag müsse auf 10 000 Buchstaben gesteigert werden. Den Geheißern erschien diese Norm als glatte Unmöglichkeit. Trotzdem ließen sie sich dazu herbei, an einem Wettsegen teilzunehmen, das die Betriebsleitung angeordnet hatte, um die verlangte Norm mit dem Beweis der Möglichkeit zu erhärten. Sechs Tage dauerte das Wettsegen. Sechs Seher waren daran beteiligt. Die durchschnittliche Tagesleistung betrug 15 780 Buchstaben. Das war zu wenig. Ein neues Wettsegen wurde veranstaltet. Die Rasten wurden ausgebaut und vollgelegt, das sonst noch nötige Material wurde bereitgestellt. Dann wurde ein sogenanntes Schnellhasenkommando zusammengestellt. Nun begann der Kampf. Am Eingang zum Arbeitsraum, in dem der Kampf ausgefochten wurde, hing das Plakat: „Unbe-



50 Jahre Verbandsmitglied



Franz Kornitzky in Bielefeld
Eingetreten: 18. Januar 1880 — Jetzt 50 Jahre



fugten Zutritt verboten. Hier arbeitet die Arbeitsbrigade zwecks Erfüllung der seitens der Partei und der Sowjetregierung gestellten Aufgabe: Minderung der Produktionskosten, Steigerung der Arbeitsleistung.“ Im Arbeitsraum selbst hörte man keinen Schritt, kein Lachen, keine Unterhaltung. Nur die Buchstaben klapperten leise im Winkelhaken. Am ersten Tage betrug die Höchstleistung 18 982 Buchstaben, am zweiten 19 130. Der „schwächste“ Seher erzielte eine Leistung von 14 087. Auf Grund dieses Ergebnisses wurde eine Selbstkostenminderung von 16,9 Proz. und eine jährliche Ersparnis von 6000 Rubel errechnet. Nach einem Monat weiteren Wettsegens wurde schließlich eine durchschnittliche Leistung von 15 880 Buchstaben in acht Stunden ermittelt. Auf Grund dieser Ziffer wurde durch die Betriebsleitung eine tägliche Norm von 14 800 Buchstaben festgelegt, während sie bei der alten Arbeitsweise zwischen 9000 und 12 000 schwankte. Eine Betriebsversammlung erklärte sich mit der neuen Norm einverstanden und beschloß, alle Seher die Arbeitsbrigade absolvieren zu lassen. Der Beauftragte des Wettsegens, Saweljew, wurde zum Häuptling der Brigade erkoren. Der Wettbewerb hatte aber noch folgendes Ergebnis: Saweljew, ehemals ein Freund des Alkohols, trinkt nicht mehr, er arbeitet jetzt fleißig und meint: „Reichlicher Arbeit vergibt man sogar das Trinken.“ So schließt das Verbandsorgan seinen erbaulichen Bericht. — Das zweite Beispiel betrifft die Moskauer Maschinenseher. Der Moskauer polygraphische Trakt arbeitete einen neuen Leistungsstarif aus und verpflichtete die Druckereileistungen zu dessen Einführung. Danach sollte die Schichtleistung um 20 000 Buchstaben gesteigert werden. Wie Kollege Wajski im Verbandsorgan schreibt, waren die Maschinenseher ob dieses Verlangens einfach verzweifelt, um nicht einen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen. Darüber könnte man vielleicht noch reden, wenn man neue Maschinen hätte. Die meisten aber seien alt und abgenutzt, passende Ersatzteile seien überhaupt nicht oder sehr schwer aufzutreiben. Störungen, die unter normalen Umständen zehn Minuten in Anspruch nehmen, zögen sich oft Stundenlang hin. Mit Recht fragt Kollege Wajski: „Auf Grund welcher Unterlagen wurde diese Norm ermittelt? Hat schon derjenige, der sie ermittelt hat, einmal ausprobiert, ob sie möglich ist? Wer hat die

Zeit gemessen, wer die neue Norm gefordert? Man darf doch nicht die höchste, sondern die durchschnittliche Leistung, nicht die besten, sondern die mittelmäßigen Arbeitsbedingungen in Betracht nehmen.“ Aber die Lohnverhältnisse schreibt noch der Gewährungsmann des Verbandsorgans: „Die Maschinenseher unserer Druckerei verdienen im Werktag bei öfterem Formatwechsel durchschnittlich 160 bis 180 Rubel im Monat (in der ersten und zweiten Schicht 16 Kopeten pro 1000 Buchstaben, in der dritten 17½ Kopeten). Der Durchschnittslohn des Handsehers wird damit um 18 bis 23 Proz. übertroffen. Diese Lohnverhältnisse sind hier als normal anzuspriechen.“ Nach alledem entpuppt sich der vielgerühmte sozialistische Wettbewerb als kraftlose Ausnutzung der Arbeitskraft, als Gipfel der Antreiberei. Welcher Kollege in Deutschland möchte unter gleichen Verhältnissen arbeiten?

Frankreich. Mit dem 1. Januar 1930 trat im elsass-lothringischen Verbandsgebiet das neue Tarifabkommen, dem die Prinzipalität des Departements der Moselle (Lothringen) erst nachträglich beigetreten ist, in Kraft. Neben den von uns bereits mitgeteilten Änderungen bzw. Verbesserungen der tariflichen Bestimmungen bringt das neue Abkommen der Gewerkschaft in der obersten Stufe eine Lohnverhöhung von 17,20 Fr. wöchentlich. Der „Travailleur du Livre“ kommentiert den Abschluß des neuen Tarifs folgendermaßen: „Ohne unsere Erzwingenschaften im einzelnen zu bewerten, ist die Tatsache der Erhaltung unseres Tarifs für die ganze Region schon ein fast unermeßlicher Gewinn. Wenn wir mit diesem Schmerz in die Reihen unserer Kameraden aus anderen Berufen blicken und feststellen müssen, daß sie mit unsäglichen Opfern um die Schaffung von Tarifen kämpfen, die ihnen einft als eine Folge der unseligen Gewerkschaftsspaltung entwandten wurden, so dürfte uns unser regionaler Tarif, verbunden mit der Tarifgemeinschaft, nicht nur mit Stolz und Freude erfüllen, sondern uns auch den Wert der Einheit und Geslossenheit deutlich vor Augen führen. Ohne Überhebung dürfen wir sagen, wenn wir in unseren Reihen von einer förmlichen Spaltung verschont geblieben sind und damit heute noch die alte Schlagkraft der Organisation vor andern voraus haben, so sind daran nicht zum wenigsten die einft so viel geschmähten Unterföhrungseinrichtungen schuld, und daneben natürlich unsere Opferwilligkeit, die uns einen Schatz geschaffen hat, mit dem man wohl eine Zeitlang einen Kampf führen kann und vor dem unser Gegner immerhin einigen Respekt haben. Wir dürfen sagen, daß wir heute die Früchte unserer jahrelangen Opfer der Extrafeuer ernten dürfen.“ Es mag nicht mehr als ein zeitliches Zusammentreffen sein, aber es ist Tatsache, daß mit dem Einsetzen der elsass-lothringischen Tarifverhandlungen auch im übrigen französischen Verbandsgebiet zahlreiche Lokale bzw. Departe-mente die Lohnbewegungen ihren Anfang genommen haben. Wir wollen hier nur die hauptächlichsten kurz anführen: Nancy verlangte eine einheitliche Lohnaufbesserung von 3 Fr. täglich, stieß aber dabei auf die heftige Gegnerschaft des Unternehmersyndikats. Durch Verhandlungen von Betrieb zu Betrieb ist es nun trotzdem gelungen, die Forderung allgemein durchzusetzen und damit den Tagelohn auf 36 Fr. heraufzuschrauben. Der gleiche Mindestlohn wurde nach kurzem Ausstand in Verbun erzielt. Vorbeug, wo der Lohn auf der Indeziffer ruht, hat eine Erhöhung des Grundlohnes um 0,25 Fr. täglich durchgesetzt für die Zeitungsdruckereien; für die Werkdruckereien dauerte die Verhandlungen noch an. Cap erhöht seinen Grundlohn um 5,50 Fr. täglich, mit Anpassung an die Lyoner Lokalindeziffer. Fontainebleau errang einen Lohn, der um 14 Proz. unter demjenigen von Paris liegt. Mit einer Aufbesserung von 2 Fr. pro Tag erhöhte Oran seinen Tagelohn auf 35 Fr. Le Mans verlangte eine Lohn-erhöhung von 3 Fr., während die Prinzipale nur 2 Fr. bewilligen wollten. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Das gleiche ist der Fall für Marseille, Charle-

Typographie und Normung

Unter diesem Kennwort tritt die Ortsgruppe Berlin des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker zur Zeit im Licht der ehemaligen Kunstgewerbemuseums in der Prinz-Albrecht-Straße zu Berlin mit einer Ausstellung an die Öffentlichkeit, die eine allgemeinere als nur berufliche Beachtung verdient. Ursprünglich sollte sie nur die Kursarbeiten der Ortsgruppe enthalten, die damit ihre Tätigkeit der öffentlichen Beurteilung zugänglich machen wollte; sie wuchs aber schon in der Vorbereitung durch Hinzunahme von fast der Hälfte der Entwürfe eines Wettbewerbes für genormte Geschäftsdrucksaften, den der Vorstand des Bildungsverbandes im letzten Viertel des Vorjahres durchgeführt hatte. Erweitert wurde sie ferner noch durch die vorbildlichen Buchausstattungen der Büdigerle Gütenberg, die sinnfällige die Auswirkung planmäßig getriebener Erziehungs- und Bildungsarbeit veranschaulichen. Die Ausstellung formte sich so zu einem Gesamtbild, das nach verschiedenen Gesichtspunkten gewertet werden muß. Zunächst bietet sie einen Querschnitt durch die Tätigkeit des Bildungsverbandes. Die Kursergebnisse zeigen, wie in den Ortsgruppen planmäßig an der Weiterbildung der Nachwirkungen schlechter Lehrlingsausbildung gearbeitet wird, wie durch geeignete Lehrkräfte die jeweils vorherrschenden Stützrichtungen, die Ausstattungsweisen und die technisch handfertigkeiten des Entwurfs gelehrt werden und wie der Sinn für schöne Drucksaften zu wecken versucht wird. Dann offenbart sie aber auch den Gegnern der Freizeitforderungen der Arbeiterschaft, wie die Arbeiter ihre Freizeit verbringen. Nicht für Müßiggang, Spiel und übertriebenem Sport brauchen sie ihre freien Stunden, sondern zur Er-

holung von anstrengender Tagesarbeit und zur Bervollkommnung ihrer Arbeitskraft, die durch einseitige Tätigkeit im Betriebe nur allzu leicht verklümmert und für die Erziehung besserer Arbeitsgelegenheiten oder Aufstiegs-möglichkeiten unfähig gemacht wird. Das Überangebot von Arbeitskräften zwingt zudem jeden einzelnen, nach des Tages Mühe berufliche Fortbildung zur Erhaltung seiner Leistungsfähigkeit zu betreiben. Ein drittes sehr wichtiges Merkmal der Ausstellung ist der Hinweis auf den Nutzen einer guten Qualitätsdrucksaften. In Zeiten schlechter gewerblicher Konjunktur, wie der gegenwärtigen, muß ein solcher Hinweis als besonders wertvoll bezeichnet werden. Der Drucksaftenverbraucher wird dadurch für eine gute Drucksaften empfänglich gemacht und zur Neubestellung angeregt. Es wird dadurch von neuem bewiesen, daß auch die Gesellschafter an der Behebung des Auftragsgeschäfts Anteil nimmt. Nach diesen Bemerkungen über die allgemeine Bedeutung der Ausstellung soll ein Streifzug durch ihre einzelnen Abteilungen folgen. Im Skizzierkurs für Anfänger (Leiter: Fritz Genzmer) wird zunächst der Buchstabe in seiner einfachsten Form, der Grotesk, gelehrt. Der Buchstabe wird in strenger Ausgeglichenheit zu Worten, Zeilen und Satzgruppen geformt. Kleine Werkstücke und einfache typographische Arbeiten, wie Besuchskarte, Briefbogen, Postkarte und Buchtitel werden als Klassenaufgabe gemeinsam gelöst. Es liegt in der Natur der Sache, daß von Anfängern noch keine vollreifen Leistungen erwartet werden können; dennoch sind namentlich in der Titelaufgabe „Rhythmus der großen Stadt“ unter Anwendung der Photographie sehr gute Lösungen zu verzeichnen. Bei der Schlufsaften wurde jedem Schüler in Text und Form freie Hand gelassen. Die

Lösungen lassen Schärfe des Blicks und Streben zur eignen Idee erkennen. Im Kursus für Fortgeschrittene (Leiter: Karl Franke) werden zunächst Kompositionen aus farbigem Papier gezeigt, die dem Teilnehmer den Liniensystemen und das richtige Verhältnis der Farben und ihr Verhalten zueinander nahebringen sollen. Der Entwurf von Geschäfts- und andern Kleindrucksaften folgt. Die Aufgabenteilung liegt hier in dem richtigen Ausgleich der bedruckten und unbedruckten Fläche, in der Wahl der Type nach Charakter und Ausdruckswert, der Stellung der Zeile usw. Durch Verwendung von Hilfsmitteln, besonders des Schnitts und der Photographie, wird die Drucksaften werbewirksam gestaltet. Die Schlufsaften, ein Plakat, weist dem Teilnehmer eine Arbeit zu, in die er sein eigenes Können hineinstecken kann. Die Lösungen zeigen Großzügigkeit in der Erfassung der Aufgabe, Rhythmus in der Komposition und Gewissenhaftigkeit in der Durcharbeitung der Einzelheiten. Im Kursus für Plattenchnitt, den, als Nachfolger des leider so früh verstorbenen Kollegen Kurt Reibetanz, die Kollegen Franz Hottenroth und Bruno Stöbe leiteten, lernen die Teilnehmer die Technik des Bleis, Holz- und Zinnschnittes kennen. Erfreulicherweise zeigen die Arbeiten, daß im Kursus nur die dem Buchdrucker zukommenden Gebiete gelehrt werden, wie Schrift- und einfacher Ornamentenschnitt. Die Teilnehmer verlieren sich dadurch nicht in Spielereien figurlicher oder landschaftlicher Darstellungen. Von befähigten Teilnehmern wird auch der Künstlerholzschnitt gepflegt. Die Photographie ist heute zum wesentlichen Hilfsmittel bei der Herstellung einer werbetätigen Drucksaften geworden. Viele Ortsgruppen des Bildungsverbandes richt-

sille, Lungeville, Chafons-sur-Marne, Calais, Soisson, Thion, Annemasse, Cannes usw. — Das Syndikat der Pariser Zeitungsmaschinenhersteller war an die Verleger mit der Forderung von Lohn-erhöhung herangetreten. Dieses Ansuchen stützte sich auf einen Text des Vertrages von 1925, über dessen Auslegung die beiden Parteien nicht einig sind. Die Verleger wollten den Streit juristisch entscheiden lassen, erklärten sich aber dennoch bereit, für die Tageslohn eine Zulage von 2,00 Fr., für die Nachtschicht eine solche von 2,95 Fr. zu gewähren. Die Vertreter der Gewerkschaft erachteten dieses Zugeständnis aber als unzureichend. Aber eine Zusammenkunft der beiden Parteien, zu der Kollege Liochon als Generalsekretär des Verbandes, zugezogen worden war und deren Beschlusfassung wahrscheinlich zugestimmt wird, berichtet die „Imprimerie Française“: Liochon erklärte eingangs, seine Rolle beschränkte sich darauf, den Prinzipalen nahezuweisen, mehr der tatsächlichen Lage, als dem Buchstaben des Vertrages Rechnung zu tragen und in loyaler Weise die Anpassung der Löhne ins Auge zu fassen. Die Prinzipalvertreter weigerten sich, über ihr vorhin erwähntes Anerbieten hinauszugehen und erklärten, es sei ihnen unmöglich, eine weitgehendere Anpassung der Löhne vorzunehmen während der Dauer eines Vertrages, der diese Anpassung nicht vorsieht. Sie würden dadurch etwas tun, wozu sie nicht verpflichtet sind und was bei Ablauf der Konvention von der Gewerkschaft wahrscheinlich nicht in Rechnung gestellt werde. Liochon schlug vor, die Anpassung der Löhne während der Dauer des jetzt laufenden Abkommens vorzunehmen unter dem Vorbehalt, daß das jetztige Abkommen verbessert und verlängert werde. Dieses Angebot wurde vom Unternehmerverband angenommen. Demnach ist die Aufbesserung von 2,00 Fr. für die Tages- und 2,95 Fr. für die Nachtschicht als Abschlagszahlung anzusehen. Die Verhandlungen über die vollständige Anpassung der jetzigen Löhne an diejenigen von 1914 auf Grund der jeweiligen Indexziffer resp. zur Revision und Verlängerung des jetzigen Abkommens werden sofort aufgenommen, falls das Maschinenherstellerverband dieser Abmachung seine Zustimmung gibt. Durch Abschaffung wurde im Monat Dezember der Zentralvorstand des französischen Bucharbeiterverbandes erneuert. Von den austretenden Mitgliedern wurden wiedergewählt als Vertreter der Setzer und Drucker die Kollegen Journeau, Mignoneau, Chantome, Cheneau, Liochon, Belin, Laugerotte, Bourzu, Decard, Renaud, Plançon, Boubet, Gerbault und Minoli. Neue Mitglieder sind die Kollegen Schnaidt, Dombret, Mathieu, Amare, Reynaud.

Großbritannien. Aus dem Buchdruckgewerbe Britanniens gibt es nichts von besonderem Interesse zu melden. Vom Standpunkt der Buchdrucker gesehen, ist das Vorjahr nur mittelmäßig gut gewesen. Dant der Wirksamkeit unserer gewerkschaftlichen Organisation jedoch ist es gelungen, unsre relativ vorteilhaften Lohn- und Arbeitsbedingungen besser zu halten, als das bei den Arbeitern in vielen andern Berufen der Fall gewesen ist. Dem neuen Jahr sehen wir nicht ohne Hoffnung entgegen, wenngleich die wirtschaftlichen Vorbedingungen viel zu wünschenswerten übrig lassen und noch eine große Menge von Arbeitslosen vorhanden ist. Einige einst mächtig reiche Industriebezirke sind heute bettelarm. Die Not der Industrie ist doppelt hart fühlbar, weil sie gerade dort am stärksten ist, nämlich in Nordengland, wo früher der größte Reichtum vorherrschte. Weil die große Masse der Arbeiter gerade von diesen Zweigen der flauen Industrie abhängig, ist die Lage doppelt kritisch. Unter solchen Verhältnissen und in solchen Distrikten kann natürlich auch das Buchdruckgewerbe nicht florieren, aber es gibt Distrikte, wo sich neue Produktionsgebiete kräftig ausbreiten und wo infolgedessen die Ausuchten für die schwarze Kunst ganz gut sind. Alles in allem genommen, ist jedoch die britische

Wirtschaft viel gefestigter als die Pessimisten glauben. Offenbar kann der Fortschritt nur in Etappen kommen, und wir glauben, daß mit Frieden, Geduld und Vertrauen und sinnvoller Kooperation zum gemeinsamen Besten bessere, glücklichere Tage erreicht werden können. In dieser Hoffnung und im festen Glauben an unsre gemeinsame Solidarität überwinden wir unsern deutschen Kollegen die herzlichsten Glückwünsche. Möge auch ihnen das Jahr viel Glück bringen! — Im reinen Zeitungsbetrieb haben die Schwierigkeiten des englischen Papier- und Zeitungstruffs, Inveresk Paper Co., viel Interesse unter den Zeitungsarbeitern erweckt. Das Kapital der Inveresk Paper Co., die heute einschließlic der von ihr direkt oder indirekt kontrollierten Gesellschaften einer der größten Industriezweige Englands ist, beträgt 4,15 Millionen Pfund. Vor allem hat sie vor kurzem die Interessen der Lord Readings im „Daily Chronicle“, der großen liberalen Tageszeitung, zur Kontrolle übernommen, woraus sich eine Daily Chronicle Investment Trust Co. bildete. Die andern wichtigsten Unternehmungen dieser Gruppe sind: die Illustrated London News, die Illustrated Papers, Ltd., die Provincial Newspapers, Ltd., die United Newspapers, die Caldwell Paper Mills, Ltd., und die International Pulp and Chemical Co. Die finanzielle Lage dieses Trusts scheint etwas schwierig zu sein, und die daran beschäftigten Kollegen erwarten mit Spannung nähere Einzelheiten über die Lage, worüber in der Generalversammlung der Inveresk Paper Co. binnen kurzem Näheres bekannt werden dürfte.

Korrespondenzen

F. Hannover. (Handsetzer.) Ende Oktober 1929 nahm der in einer Handsetzerverammlung gewählte Ausschuß seine Vorarbeiten auf. Er forberte die Handsetzer auf, sich der hier zu gründenden Vereinigung anzuschließen. 360 Kollegen, das sind 50 Proz. der Handsetzer, folgten diesem Rufe, so daß der Ausschuß zu der Gründungsversammlung am 15. Dezember einladen konnte. Kollege Friedler (Berlin) hatte das Referat dazu übernommen. Er legte dar, daß die technische Entwicklung und die dadurch hervorgerufene Herabminderung des Einflusses der Handsetzer gegenüber den übrigen Sparten es zu einer Notwendigkeit gemacht hätten, daß auch die Handsetzer sich in einer Sparte organisierten. Er betonte dabei, daß die Bestrebungen der jüngsten Sparte nicht darauf gerichtet seien, den übrigen Berufsgruppen die durch ihren früheren Zusammenschluß erreichte tarifliche Beststellung streitig zu machen, sondern daß es ihre Absicht sei, innerhalb der Handsetzer die Überzeugung zu wecken, daß auch ihre Tätigkeit eine bessere Würdigung verdiene. Nicht ein gegenseitiges Bekämpfen, sondern ein eifriges Hand-in-Hand-Arbeiten mit den übrigen Sparten und mit dem Bildungsverband sei die Absicht der Handsetzervereinigung. Alle Arbeit, die in den Sparten geleistet würde, müsse nicht ipso facto dem Bestreben, für die eigene Sparte etwas herauszuschlagen, sondern Zeitgedanke müsse sein, stets das Wohl des Verbandes im Auge zu haben. Mit diesem Appell an die Versammelten, sich reiflos der Sparte anzuschließen und eifrig mitzuarbeiten, schloß der Referent seine Ausführungen. Als Statuten wurden die von der Zentralkommission ausgearbeiteten Statuten angenommen. Der wöchentliche Beitrag wurde auf 20 Pf. festgelegt, und es wurde ferner beschloffen, ab 1. Januar 1930 ein Eintrittsgeld von 50 Pf. zu erheben. Die Vorstandswahl soll durch Urwahl in den Betrieben vorgenommen werden, während die Wahl der Sachrechnungskommission wegen ihrer Wichtigkeit in bezug auf die Auswahl der richtigen Leute zurückgestellt wurde. Vom Lokalverein wurde der jüngsten Sparte die etwa erforderliche werbliche und materielle Unterstützung zugesagt. Aus der Anfang Januar vorgenommenen Urwahl gingen u. a. hervor als erster Vorsitzender Kollege W. Behrens und als Kassierer Kollege F. Herhaus.

Karlsruhe. (Maschinensetzer.) Unfre Bezirksversammlung, die im Dezember hier stattfand, hatte sich eines annehmbareren Besuchs zu erfreuen. Vorsitzender Prekel widmete zwei verdorbenen Kollegen Worte ehrenden Gedankens. Unter „Bereinsmitteilungen“ gab er verschiedene Eingänge bekannt und freifte kurz die abgefallenen Demonstrationsvorträge. Mit dem Zirkular des Brandenburgischen Maschinenherstellervereins, in dem Klage geführt wurde über zu häufiges Anlernen von Maschinenherstellern, ging die Verammlung darin ein, daß über kurz oder lang doch die maßgebenden Instanzen zu dem von uns gestellten und vom Kongreß abgelehnten Antrag zurückzugreifen gezwungen sein würden, um hier eine wirkungsvolle Abwehr zu schaffen. Ferner wurde zum Ausdruck gebracht, daß keine Überarbeit geleistet werden dürfe, um so den Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Den Höhepunkt der Versammlung bildete ein Vortrag des Herrn Schrems über „Stromstörungen an den Setzmaschinen und ihre Beseitigung unter Berücksichtigung der verschiedenen Beheizungs-systeme“. Der Referent wartete nicht nur mit Anschauungsmaterial von den Fabriken auf, sondern er brachte auch den jeweils behandelten Gegenstand an einer Tafel bildlich den Hörern näher und erzielte für seinen lehrreichen Vortrag reichen Beifall. Die Aussprache war eine sehr rege, und der Referent konnte die gestellten Fragen zur Zufriedenheit beantworten. Der Vorsitzende ging noch auf das umfangreiche Material der letzten Statistik ein, dabei betonend, daß wir im allgemeinen mit den Verhältnissen im Bezirk zufrieden sein können.

Koburg. Am 28. Dezember konnte Kollege Hermaun Buße auf eine 50jährige Verbandsgedächtnisfeier zurückblicken. Der Ortsverein veranstaltete aus diesem Anlaß einen Ehrenabend im Saale der „Zentralhalle“. Gauvorsteher Wislaug vollzog den Akt der Ehrung und warf einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung des Verbandes und auf den Lebenslauf des Jubilars, wobei er dessen Verdienste um die Organisation besonders hervorhob. Anzuerkennen sei, daß der Jubilar auch im Ruhestand noch die Tätigkeit eines Kassierers ausübt und jede Versammlung besucht, dadurch jüngeren Kollegen ein gutes Beispiel gebend. Zum Schluß entbot Kollege Wislaug dem Jubilar die Glückwünsche des Verbandes und des Gauvorstandes unter Überreichung des üblichen Geschenkens. Anschließend würdigte Bezirksvorsitzender Smollski die Tätigkeit des Jubilars als langjähriger Bezirks- und Ortsvereinsvorsitzender und übermittelte die Glückwünsche des Bezirks- und Ortsvereins Koburg. Als Zeichen der Anerkennung übergab er dem Kollegen Buße einen hübschen Präsentkorb. Vertreter waren aus dem Bezirk Kollegen aus Sonneberg, Hildburghausen und Schleusingen, die dem Jubilar die Glückwünsche der Kollegenchaft entboten. Gut vorgetragen Mühsüde und Mäherndes des Gesangsvereins „Grappia“ umfäumten den Ehrenabend.

Nordhausen. In unfrer sehr gut besuchten Versammlung am 7. Dezember berichtete Kollege Franz Hain über die Vortragsreihe des Herrn Dr. Döring, betitelt „Weltwirtschaft“. Die gesamte Vortragsreihe war vom A.G.B. veranlaßt zur Fortbildung für Funktionäre. Ein glänzendes umfangreiches Material an Statistiken und Aufzeichnungen unterstützte und unterstrich die Ausführungen des Referenten. Der Zweck des Vortrages leuchtete klar hervor. Fort- und Weiterbildung jedes einzelnen, Unterstützung und Förderung des Genossenschaftswesens und ganz besonders Zusammenschließung aller Arbeitenden. Des ferneren wurden zur Vorbereitung der Wahlen in der Generalversammlung fünf Kollegen gewählt. Den Witwen unfrer verdorbenen Kollegen wurden je 25 M. als Weihnachtsgabe überreicht. Desgleichen unsern Arbeitslosen je 10 M.

Stuttgart. (Maschinensetzer.) Vierteljahresbericht. Im vierten Quartal 1929 fanden drei Versammlungen statt, die infolge der verschiedenen interessanten Vorträge einen guten Besuch aufzuweisen hatten. In der Versammlung am 5. Oktober gab Vorsitzender Rohle aus bekannt, daß sich nun auch für den Gau Württemberg eine Berechnungskommission gebildet habe, die aus der Technischen Kommission unter seinem Vorsitz bestche. Er empfahl den Kollegen die rege Teilnahme an der Kommission. Nach weiteren Mitteilungen hielt Herr M. Zwienner (Stuttgart) einen Vortrag über „Die Ergebnisse der deutschen Sprache und ihre Aufgabe in der Zukunft“. Der überaus lebhafteste Beifall der Versammlung bewies, daß die Ausführungen den Kollegen viel Gutes boten, was auch der Vorsitzende in seinen Dankesworten an den Referenten zum Ausdruck brachte. Einige Fragen technischer Natur entsetzten eine lebhaftige Aussprache. — In der Versammlung am 16. November wurde aus den Mitteilungen der Zentralkommission vor allem das Anlernen von Lehrlingen an Setzmaschinen behandelt, wobei der Vorsitzende auf einen Artikel in den „Technischen Mitteilungen“ vom 1. Juli 1927 hinwies, worin ein klarer Standpunkt in dieser Frage angenommen sei. Der Vortrag des Inspektors Diederich (Berlin) von der Monotype-Setzmaschinen-Betriebs-G. m. b. H. über „Die Monotype und ihre Neuerungen“, ausgestattet mit Lichtbildern, fand wegen seiner wirklich leichtverständlichen Vortragsweise, die auch den Kollegen der andern Maschinen-systeme die Monotype näher brachte, den ungeteilten Beifall der zahlreich versammelten Kollegen. Die sprachliche Ausdrucksweise für manchen Kollegen noch Brauchbares für die Praxis im Betriebe. Kollege schloß sich auf der Bitte der Kollegen heraus, sich mit allen durch die Fabriken herauskommenden Neuerungen vertraut zu machen. — In der Versammlung am 15. Dezember gab der Vorsitzende die am 23. Februar 1930 für den Gau stattfindende Generalversammlung bekannt. Ferner machte er auf eine Anzahl Reichsrichtungsamtseitige aufmerksam. Im Vorberzug dieser Versammlung stand ein Vortrag über „Die Elektro-Funditor-Setzung in der Praxis“, von Herrn Laier, Monteur der Elektro-Funditor-Bauanstalt Wabshuf, der, ausgestattet mit zahlreichen Lichtbildern, den Kollegen Einblicke in die Vorzüge der elektrischen Setzmaschinen-beziehung vermittelte. Ein wirklich hervorragender Fachmann sprach hier zu den Kollegen, der es verstand, denselben all das zu erläutern, was diese für die Bedienung der Setzungen unbedingt wissen müssen. Die aus der Versammlung gestellten Anfragen wurden alle zur Zufriedenheit der Kollegen beantwortet. Aus diesem Vortrag und der Aussprache ging hervor, wie notwendig solche Vorträge für unsre Kollegen sind. Der Dank des Vorsitzenden

ten deshalb besondere Photokurse ein, um die Kollegen mit der Photographie vertraut zu machen. Den Teilnehmern wird das Erfassen des Motivs, das Bildsehen, der Wibausschnitt und die Verwendung des Bildes bei der Gestaltung der Druckseite gelehrt. Die ausgefertigten Aufnahmen lassen einen guten Erfolg dieser Unterrichtsweise erkennen. Besonders sei auf die Aufnahmen einfacher Gegenstandsgegenstände hingewiesen, die in jeder Weise vorbildlich sind.

Die Kenntnis der Schrift ist für den Buchdrucker der Ausgangspunkt seines beruflichen Könnens. Sie findet auch in den Kursen der Berliner Ortsgruppe eine gute Pflege. Im Lehrgang für Schriftschreiben (Leiter: Alfred Fromm) wird Wert auf die Form und Gestalt der Buchstaben wie auch auf ihre Gesamtwirkung als Wort, Satz oder Druckseite gelegt. Die Teilnehmer werden so für Farbe, Fläche, Papier und Aufmachung empfänglich gemacht. Die Kursarbeiten zeigen denn auch eine Fertigkeit, die kaum übertroufen werden kann.

Die angeführten Kurse sind nur ein Teil des von der Berliner Ortsgruppe des Bildungsverbandes in Gemeinschaft mit den Sparten alljährlich durchgeführten Schulprogramms, das im laufenden Jahre 18 Kurse aufweist; sie lassen aber erkennen, in welchem Umfang das gesteckte Ziel erreicht worden ist. Erfreulicherweise ist auch die Beteiligung an den einzelnen Kursen sehr stark, so daß zum Teil Parallellkurse eingerichtet werden mußten. Von der Gewerkschaft wird auf diese Weise ein Stück Erziehungsarbeit geleistet, die überall Anerkennung finden sollte.

Im Anschluß an die Arbeiten der Ortsgruppe Berlin stellt der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker seinen schon erwähnten Wettbewerb für genormte Geschäftsdrucksaen aus. Verlangt wurden von jedem Teil-

nehmer die Entwürfe von fünf Drucksaen (Briefbogen, Rechnung, Postkarte, Briefumschlag und Geschäftskarte) im Normformat und in Normenteilung. Es gingen 168 Arbeiten — 840 Entwürfe aus allen Teilen Deutschlands ein, von denen 400 Entwürfe ausgestellt sind. Die Vielseitigkeit in der Gestaltung beweist, daß die Normierung der Geschäftsdrucksaen reichlichen Spielraum für typographische Ausstattung läßt und keineswegs zur schablonenhaften Ausstattung zu führen braucht. Die Entwürfe lenken den Drucksaenverbraucher auf den Wert einer zweckmäßig und doch ästhetisch wirkenden Drucksaen hin. Erwähnt sei noch, daß der Bildungsverband für diesen Wettbewerb 1000 Mark in bar und 20 Bülcher der Büchergilde Gutenberg zur Verfügung stellte.

In den Mittelvitriken kommt die Praxis zum Wort. Es sind keine im engen Kreisraume entstandenen Entwürfe, sondern es ist eine von bewährten Fachleuten ausgeführte Buchausstattung, die sich längst Geltung und Achtung verschafft hat. Es ist bekannt, daß in den Werken der Büchergilde neben guten bewährten auch junge entwicklungs-fähige Schriftsteller zu Worte kommen, ebenso bekannt ist, daß der Leser durch diese Werke mit allen Erdteilen der Welt bekanntgemacht wird. Die Büchergilde Gutenberg tat gut daran, gerade dieses Moment durch Auslegung der von seinem hervorragenden Mitarbeiter B. Traven zu gefandten Kunstgegenstände der Indianer hervorzuheben. Der Beschauer wird auf diese Weise auf die Kultur eines Volksstammes hingelenkt, dessen Leben und Gewohnheiten B. Traven in mehreren Werken so meisterlich schilderte.

Die Ausstellung, die Sonntags, Mittwochs, Donnerstags und Sonnabends von 9 bis 15 Uhr, Dienstags und Freitags von 9 bis 13 Uhr (Montags geschlossen) geöffnet ist, darf in jeder Beziehung als gelungen bezeichnet werden. D. G.

von Arbeitern und Angestellten, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, wird durch die Vorschriften dieses Gesetzes nicht berührt.

Die Regelung des gesamten Lohns und Arbeitsbedingungen ist im Auftrage der Gewerkschaften. Es wäre auch ein Anlaß für die gesamte Arbeiterschaft, wenn die Selbstbarkeit der Berufsgruppen aufgehoben würde zugunsten eines sehr gefährlichen Betriebssozialismus.

Im § 31 BZGG, ist die Zugehörigkeit der Gewerkschaftsvertreter zu den Mitgliedern vorgesehen.

Am 30. März 1928, die Teilnahme der Gewerkschaftsvertreter an den Betriebsversammlungen zu. Überall löst man im Betriebsratgesetz auf die Zusammenfassung und Ergänzung der beiderseitigen Aufgaben von Betriebsräten und Gewerkschaften. An seiner Stelle des Gesetzes ist die Beteiligung einer politischen Partei bei der Errichtung der gewerkschaftlichen Aufgaben erwähnt.

Gerade im Hinblick auf die liegenden politischen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Arbeiterschaft ist die Wahrung des gewerkschaftlichen Einheitsgebodens bittere Notwendigkeit. Für die bevorstehenden Betriebsrats-Wahlkämpfe soll in jedem Betriebe nur eine freigewerkschaftliche Liste aufgestellt werden. Die Aufstellung der Liste soll nach Vorzug der Vertrauensleute in einer freigewerkschaftlichen Betriebsversammlung geschehen. Je nach der Größe des Betriebes können auch die einzelnen Bezugsgruppen gefordert über ihre Kandidaten Beschluß fassen. Die einzelnen Bezugsgruppen sollen sich untereinander, wobei nach ihrer Größe über die Kandidatenwahl einigen. Ohne Rücksicht auf die politische Anschauung des Kandidaten sollen die Vorgesetzte nach Tüchtigkeit und Fähigkeit gemacht werden. Denn die Tätigkeit im Betriebsrat legt Kern- und Arbeitseifer voraus. Ist aber eine Vorgesetztlage entstanden, so darf unter keinen Umständen ein Kandidat, der sich nicht als selbstbewußt erweist, auf die Liste aufgestellt werden. Der Gew. Streik mußte schon aus Anlaß der Aufstellung einer oppositionellen Genossenschaft bei der Betriebsratswahl in der Reichsdruckerei drei Kollegen aus der Organisation ausschließen und der Verbandsvorstand konnte der Behörde drei Kollegen der Reichsdruckerei als Kandidaten für die politische Beschlüsse nicht mitbringen und die Gewerkschaftskonferenz hat diese Maßnahmen als den Verbandsauflösungen entsprechend beurteilt.

Aber wir haben das volle Vertrauen zur gewerkschaftlichen Disziplin unserer Kollegen und hoffen, daß solche Maßnahmen werden gelassen werden müssen. Denn nirgendwo ist der Gedanke von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Selbstlosigkeit so sehr verankert als in unserer Organisation. Und diesen Gedanken dürfen wir uns nie verlieren lassen. Darum sei die Parole für die kommenden Betriebsratswahlen: Einheitsliste freige werkschaftliche Listen!

Die Wahlen in den Betriebsvertretungen

In den ersten Monaten des neuen Jahres werden die meisten Betriebsvertretungen neu gewählt. Das Betriebsratgesetz hat für die Durchführung dieser Wahlen Formvorschriften aufgestellt, die genau beachtet werden müssen, da eine Verletzung dieser Vorschriften Wahlanfechtungen und Rechtlosigkeit der Arbeiterschaft bei Rindigungen zur Folge haben kann. Das Gesetz stellt ist in vergangenen Jahren nicht wiederholt werden. Es ist notwendig, daß man darauf hingewiesen werden, was eine sehr wichtige Veränderung des Gesetzes im Jahre 1928 erfolgt ist. Der § 23 des Betriebsratgesetzes hat dadurch eine bedeutende Besserung erlitten. Früher war es sehr schwer, die Bestellung eines Wahlvorstandes durch den Unternehmer zu erzielen. Die Wahlmänner hatten die Bestellung erschwerlich ausgenutzt und die Wahl einer Betriebsvertretung in kleinen Betrieben hintertrieben. Heute kann die Arbeiterschaft eines Betriebes die Bestellung eines Wahlvorstandes beim Vor-

sitzen des zuständigen Arbeitsgerichts beantragen. Oder es können die mitwirkenden Vereinigungen der Arbeiterschaft (Gewerkschaften) diesen Antrag an die gleiche Stelle stellen. So, auch die zuständigen Gewerkschaftsbeamten hat berechtigt, den Antrag auf Bestellung eines Wahlvorstandes zu stellen. Und was die Hauptfrage ist: Von diesem Recht haben Gewerkschaftsbeamte, Gewerkschaften und Arbeiterschaft, häufig sogar in Gemeinshaft, Gebrauch gemacht.

Die Einleitung der Wahl obliegt dem Wahlvorstand. Nach § 23 BZGG hat der Betriebsrat spätestens zwei Wochen vor Ablauf seiner Wahlzeit einen Wahlvorstand zu wählen. Kommt der Betriebsrat seiner Pflicht nicht nach, so hat der Unternehmer innerhalb der Wochen einen aus den drei ältesten wahlberechtigten Arbeitern bestehenden Wahlvorstand zu bestellen. In der Errichtung des Wahlvorstandes muß der Unternehmer innerhalb der Wochen einen Wahlvorstand bestellen. Daselbe gilt, wenn in einem Betriebe die für die Errichtung eines Betriebsrats vorgesehene Mindestzahl von zwanzig Arbeitern (§ 1 BZGG) erreicht wird. In Betrieben mit Arbeitern und Angestellten müssen selbst Gruppenwahlvorstände bestellt werden. Der Wahlvorstand hat das Wahlschlüsselschreiben zu erstellen, die Wahlstellen aufzustellen, die Vorkandidaten entgegenzunehmen und zu prüfen. Er hat nach erfolgter Wahl die eigene Liste im Betriebsrat, dem Gruppentat nach den in die einzelnen Listen abgegebenen Stimmen zu verteilen, die Wahl mit erstmalig die neuergewählten Mitglieder der Betriebsvertretung zur Wahl des Betriebsausschusses oder der Vorgesetzten zusammenberufen. Über die ganze Wahlhandlung muß der Wahlvorstand ein Protokoll ausfertigen und unterzeichnen. In der Wahlordnung zum Betriebsratgesetz sind die Bestimmungen über die Amtshandlungen der Wahlvorstände niedergelegt. Die genaue Bestimmung aller dieser Vorschriften ist sehr notwendig, da ein formloses Verfahren schwere Nachteile für die Wähler haben kann.

Betriebsräte sind nach § 1 BZGG, in allen Betrieben zu wählen, die in der Regel mindestens zwanzig Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen. Bei der Bestimmung der Mindestzahl sind auch die nicht wahlberechtigten Personen mitzuführen. Im § 6 BZGG, wird bestimmt, daß in Betrieben, in denen Arbeiter und Angestellte beschäftigt werden, Arbeiter und Angestelltenräte zu errichten sind. Die Zahl der Betriebsräte bzw. Arbeiter und Angestelltenratsmitglieder, die in einem Betriebe zu wählen sind, ist bestimmt in den §§ 10 und 11 BZGG, wählbar sein müssen. Eine Gruppe nicht an der Wahl, so bildet die gewählte Gruppe den Betriebsrat.

Einen Betriebsratmann wählen Betriebe, die in der Regel weniger als zwanzig, aber mindestens fünf wahlberechtigte Arbeiter beschäftigen, von denen mindestens drei nach den §§ 20 und 21 BZGG, wählbar sein müssen. Sind in solchen Betrieben mindestens fünf wahlberechtigte Angestellte und fünf wahlberechtigte Arbeiter beschäftigt, so kann ein gemeinsamer Betriebsratmann gewählt werden. Erzielt die Mehrheit beider Gruppen keine Einigung, so wählen beide Gruppen je einen Betriebsratmann (§ 2 BZGG).

Wahlberechtigt sind alle mindestens achtzehn Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Abgesehen ist das Alter am letzten Tage der Simmenabgabe. Wählbar sind die mindestens vierundzwanzig Jahre alten selbstständigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die in den Betriebsräten sind und am Wahltage mindestens sechs Monate dem Betrieb oder dem Unternehmen sowie mindestens drei Jahre dem Gewerbegebiet oder dem Berufsweg angehören, in dem sie tätig sind (§ 20 BZGG). In den Betrieben, die weniger als sechs Monate beschäftigen, ist den Vorkandidaten die Wahlberechtigung in demselben Berufsweg oder Angestellten seit der Gründung des Geschäfts beschäftigt ist (§ 21 BZGG).

Bei der Wahl eines Betriebsmanns vertritt die Stelle des Wahlvorstandes ein Wahlleiter, dessen Bestellung eine Woche vor Ablauf der Wahlperiode erfolgen muß. Die Wahlmänner des Betriebsmanns, der diesen Wahl die Wahl des Betriebsmanns erfolgt nach § 8 BZGG, durch geheime Abstimmung der wahlberechtigten Beschäftigten des Betriebes.

Für die Wahlen zu den Betriebsvertretungen müssen alle Gewerkschaftsmitglieder. Es darf kein Betrieb ohne Vertretung bleiben. Der Entwurf der Arbeiterschaft in dem Betriebe muß möglich, damit durch ihre Einflußnahme die Arbeitsweise und die Betriebsarrangements verbessert werden, und eine menschenwürdige Ausgestaltung der Arbeitsräume nach neuesten Begriffen angebahnt wird. Nur durch die Wahl einer Betriebsvertretung wird die Meinungsbildung der Unternehmern im Betriebe aufgegeben augensten einer demokratischen Zusammenarbeit mit den Beschäftigten. Das Betriebsratgesetz legt also idelle Werte, deren Nachpursung für die Arbeiterschaft immer gegenwärtig wirksam ist. Ap.

Wahlberechtigung und die Vorkandidaten

Die Vorkandidaten für die Betriebsratswahlen sollen nach § 8 der Wahlordnung zum Betriebsratgesetz doppelt so viel wählbare Kandidaten nennen, als jemals Arbeitsrat oder Arbeiterratensmitglieder zu wählen sind. Es besteht kein Zwang, diese doppelte Zahl anzustellen. Die Vorkandidatenliste ist also nicht ungenützlich, wenn die Kandidaten entfällt. Aber es besteht kein Zwang, daß beim Auswählen von gewählten Betriebsratsratsmitgliedern immer genügend Ergänzungsmitglieder vorhanden sind, die in die Betriebsvertretung einrücken können (§ 40 BZGG). Die Kandidaten sind in alphabetischer Reihenfolge und mit fortlaufender Nummer versehen aufzuführen. Familien- und Vornamen, Beruf und Wohnort müssen vermerkt werden. Eine schriftliche Zustimmung zur Aufnahme auf die Liste muß jeder Kandidat beifügen. Diese Zustimmungserklärung ist erforderlich, um zu verhindern, daß ein Bewerber gegen seine Willen auf dem Wahlzettel ausgehoben. Die Vorkandidatenlisten müssen von mindestens drei Wahlberechtigten unterzeichnet werden.

Das Einpruchrecht in Lenzenbetrieben

Betriebe, die politischen, gewerkschaftlichen, militärischen, professionellen, wissenschaftlichen, künstlerischen und ähnlichen Betreibungen dienen (sogenannte Lenzenbetriebe), nehmen im Betriebsratgesetz (§ 67) eine Ausnahmestellung ein, einmal dadurch, daß der Betriebsrat in bestimmten Fragen nicht mitwirken kann, dann auch dadurch, daß im § 85 Absatz 1 BZGG, festgelegt ist, daß der Protest des Einpruchs nach § 84 Ziffer 1 in obigen Betrieben nicht besteht, soweit die Eigenart ihrer Bedingungen es bedingt. § 84 Ziffer 1 lautet: Arbeitseiner können im Falle der Kündigung binnen fünf Tagen Einpruch beim Arbeitgeber (Wahlstellenrat) einbringen, wenn der Begründete Verdacht vorliegt, daß die Kündigung wegen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht, wegen politischer, militärischer, professioneller oder gewerkschaftlicher Betätigung oder wegen Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem politischen, professionellen oder beruflichen Verein oder einem militärischen Verein, erfolgt.

Nun könnte aus den Vorschriften des § 85 Absatz 1 der Schluß gezogen werden, daß ein in einem Lenzenbetrieb gefährdeter Arbeitnehmer nur beim Willigen der Ziffer 2 bis 4 Einpruch erheben kann, nicht aber, wenn er gemeldet wird. Diese Auffassung ist nicht richtig. Das Unausgenutzte der Bestimmungen des § 85 Absatz 1, die politische, professionelle, funktionelle usw. Tendenz des Betriebes es gegen, sondern es kommt lediglich der Umstand in Frage, ob die Eigenart der Betreibungen des Betriebes

die Kündigung bedingt. Den Nachweis hierfür hat der Arbeitgeber zu führen.

Die Arbeiterschaft politischer Zugehörigkeiten hat keinen Einfluß auf die politische Richtung dieser Zeitung und der einzelne Arbeiter ist in bestimmten Beschäftigungsverhältnissen wie ein Arbeiter in einer anderen Druckerei. Es hat deshalb auch der sozialistisch eingestellte Arbeiter eine deutschlandweite Zeitung im Falle der Kündigung das Recht, das Einpruchsrecht nach § 84 Ziffer 1, nur in dem Maße der Abgrenzung begründet ist. Auch der freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter einer Zentrumsdruckerei kann nicht gemeldet werden — selbst dann nicht, wenn sein Arbeitgeber erklärt, er sei verpöht, in seiner politischen Druckerei auch drucklich organisierte Arbeiter zu beschäftigen. Dieser Arbeiter hat keinen Einfluß auf die Eigenart der Betreibungen des Betriebes; auch der drucklich organisierte Arbeiter hätte ihn nicht.

Anders verhält es sich allerdings mit Arbeitnehmern, die in einem gewissen Vertrauensverhältnis stehen und dazu eingestellt sind, die Grundzüge und politische oder gewerkschaftliche Richtung des Betriebes zu beinhalten und nach außen hin zu vertreten. So hat z. B. ein Redakteur einer sozialistischen Zeitung kein Einpruchsrecht, wenn ihm deshalb gekündigt wird, weil er plötzlich zum Einheitsheim umgewandelt und diese Grundzüge vertritt, oder ein Sekretär einer bestimmten Gewerkschaftsrichtung, wenn er durch seine Tätigkeit die gegnerische Gewerkschaft unterstützt oder vertritt.

Die Anwendung des § 85 Absatz 1 ist also sehr eng begrenzt. Grundrichtiglich hat jeder einzelne Arbeitnehmer, sofern er nicht ein ausgesprochene Vertrauensverhältnis besitzt, in welcher er einen direkten Einbild in die Tatheit und einen Einfluß auf die Richtung des Lenzenbetriebes hat, das Einpruchsrecht, wenn ihm wegen politischer, sozialistischer oder gewerkschaftlichen, funktionellen oder militärischen Einstellung gekündigt wird. Für die in Vertrauensstellung sich befindlichen Arbeitnehmer (Redakteure, Sekretäre usw.) besteht das Einpruchsrecht nur in den Fällen des § 84 Ziffer 2, 3 und 4 und bei früherer Entlohnung. Hst.

Schiffenloshaltung nach Ergänzungsbeschlüssen

Der Inhaber der Buchdruckerei G. W. Müller (Crown-Drucker) in Gommersheim am Main, hat in dem Besonderen Eintrags in dem mit seiner Berufung gegen eine ihm vom Sonneberger Arbeiterrat auferlegte Beschlusse des Schiffenloshaltung nach Ablauf einer aus seinem Betriebe verurteilten Ergänzungsbeschlüsse abgemeldet. Er hat in Frage kommende Gesetze war nach vierjähriger Freizeitszeit bei den Betriebsräten nicht inkompetent, den in der Zeit der Schiffenloshaltung zu bestehen, weshalb der zurhändige Prüfungsausschuss von ihm Ableistung einer Ergänzungsleistung nach drei Monaten forderte. Nach dieser Zeit arbeitete der junge Geselle nach weitere elf Wochen bei der Firma, ohne in dieser Zeit die tarifliche Entlohnung erhalten zu haben. Für diese vier Wochenzeit ein gesetzlicher Vertreter aus Zahlung der Differenz zwischen Leistungslohn und Schiffenlohn für Neuauswertung im ersten Gehaltsjahr in der Reichsdruckerei. Der Bezirksrat beantragte Abwälzung der Klage unter Berufung auf § 33 der Verbringungsform für das Buchdruckgewerbe im Sondervertragsverhältnis, die in dem Besonderen Eintragung der Schiffenloshaltung die Anerkennung als Gehalt verleierte. Ferner machte der Vertreter des Bezirksrat einen sogenannten Lohnverzicht geltend, da der Kläger bei den einzelnen Lohnzahlungen den Schiffenlohn nicht verlangt habe. Der Vertreter des jungen Gesellen machte dagegen geltend, daß der § 33 der Verbringungsform im Besonderen Eintragung der Schiffenloshaltung der Ziffer 4 des § 4 des abgemeldetverurteilten erklärten deutschen Buchdruckertarifs eine besondere Bedeutung habe. Das Arbeiterrat hatte sich dieser Auf-

Fremdverdrängung und der Buchdruckerarbeiten von der einfachen ...

Die amerikanische Arbeiterkraft und die amerikanische Demokratie ...

Die amerikanische Arbeiterkraft und die amerikanische Demokratie ...

Anhand der Erfahrungen beider Teile die verschiedenen ...

Briefkasten

J. B. in N.-L.: Das "Wiederkehren" wäre das einzig Brauchbare ...

Verbandsnachrichten

Verbandsdirektor Herr SW 61, Dreilindenstraße 5, Fernruf ...

Adressenveränderungen

Hannoverbach (HfB). Vorsitzender: Ludwig Späcker ...

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwandungen innerhalb 14 Tagen an die belegte Adresse):

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Hauptverwaltung, Bericht vom Monat November 1929.

Table with 5 columns: Beschäftigungsart, in der Reiseunterstützung, in der Ortsunterstützung, Unterstühtingstage insgesamt

Im Unterstühtingstage verblieben am 30. November 1929: 78831

Wittenheim. Das Ortsgefesamt für reisende Kollegen ...

Veranstaltungskalender

Barmen. Drucker- und Fabrikarbeitervereinigung ...

Anzeigenpreise: 15 Pf. die sechseckspaltige Millimeterhöhe für Stellen...

Anzeigen

Das kleine Ausnahmewörterbuch, Junger, flosser Seher, Gewerkschaftsmitglied, Zentralfverband der Angestellten, Elektro-Sprechapparate

Hilfsbüchlein für Seher u. Drucker, Wichtig zur Meisterprüfung, Gebrauchsgegenstände, Membranabfälle

Billige böhm. Bettfedern, Monotheggiefer, Faktor, Invalide

...mehr Gemüse, Bostonpresse

Richard Hirtz, Richard Hirtz, Richard Hirtz

Richard Hirtz, Richard Hirtz, Richard Hirtz

Richard Hirtz, Richard Hirtz, Richard Hirtz

Julius Galle, Richard Hirtz, Richard Hirtz

Richard Hirtz, Richard Hirtz, Richard Hirtz

Richard Hirtz, Richard Hirtz, Richard Hirtz